

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Wfg. Redaktionen 30 Wfg. Offertengelder und Auskunftsverteilung 30 Wfg. Bei zwangsweiser Verbreitung oder Konturen ist jeder Rabatt bündig. Platzvorschriften unverbindlich. - Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur dann zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 * Fernsprecher 2108.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 M. einschl. Trägerlohn.

Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. - Störungen infolge höherer Gewalt rechtfertigen keine Ersatzausgaben.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 240

Mittwoch, 12. Oktober 1932

35. Jahrgang

Kurze Tages-Chronik.

Eine sensationelle Wendung hat die Angelegenheit des angeblichen letzten Kriegsgefangenen Oskar Daubmann. Auf Grund von Gegenüberstellungen und von Fingerabdrücken konnte festgestellt werden, daß der in letzter Zeit vielgenannte Daubmann gar nicht der wirkliche Daubmann ist. Es handelt sich vielmehr um einen langgefolgten Verbrecher. Der wirkliche Daubmann ist nach den neueren Feststellungen nicht mehr am Leben.

Reichskanzler v. Papen hat anlässlich seines Staatsbesuches in München vor den bayerischen Industriellen eine große Rede gehalten.

Der Prozeß Preußen gegen das Reich vor dem Staatsgerichtshof geht weiter. Der Vertreter des Reiches zieht sich dabei einen Kessel zu. Behauptung steht gegen Behauptung.

Das Flugzeug des deutschen Weltfliegers v. Gronau ist in Rangun eingeschleppt worden. Befragung und Wäsche sind in guter Verfassung.

In Belfast (Nordirland) ist es zu schweren Kämpfen zwischen der Polizei und demonstrierenden Arbeitlosen gekommen. Eine Person wurde getötet und über 20 Personen verletzt.

Nach Meldungen aus London ist in Abessinien ein Aufstand ausgebrochen.

Eine Sensationsmeldung.

Der „Vorwärts“ behauptet, der frühere Kronprinz entsalte gegenwärtig eine fieberhafte Tätigkeit, die auf seine Einsetzung zum Reichsverweser und auf Wiederherstellung der Monarchie gerichtet sei.

Das Blatt will unter Beweis stellen, daß der ehemalige Kronprinz sich im Gespräch mit politischen Persönlichkeiten in folgender Weise geäußert hat: „Papen, Schleicher, Hindenburg und er, der Kronprinz, wüßten, was sie wollten, und seien sich einig. In einem geeigneten erscheinenden Zeitpunkt würde Hindenburg ihn zum Reichsverweser bestimmen und zurücktreten. Er werde sich dann auf die Reichswehr, die auf das Reich übergegangen sei, Schuttpolizei und 400 000 bewaffnete Stahlhelmer stützen. Einen neuen 9. November werde es nicht wieder geben. Die Träger dieses Planes seien entschlossen, für ihre Sache zu kämpfen und, wenn es sein müßte, zu sterben. Rupprecht v. Wittenberg sei mit ihnen einverstanden und werde an demselben Tage, an dem er, der Kronprinz, Reichsverweser werde, an die Spitze eines Donaukönigreichs treten.“

Die Kölnische Volkszeitung bemerkt zu diesen Meldungen: Man braucht von solchen Veröffentlichungen keine Notiz zu nehmen, wenn der Kronprinz sich nicht in der Tat in der letzten Zeit demonstrativ in der Öffentlichkeit gezeigt hätte. Noch am letzten Sonntag ließ er sich, wie mitgeteilt, zusammen mit Herrn von Papen in einem Berliner Kino bejubeln. Unter solchen Umständen ist die Frage des Vorwärts, wie sich die Minister zu dieser Leutur des Kronprinzen stellen, nicht unberechtigt. Allerdings wird die Öffentlichkeit mehr auf die Tatsachen als auf beschönigende Worte zu achten haben. Man braucht solche Veröffentlichungen gewiß nicht allzu tragisch zu nehmen. Die Rückkehr zu 1918 ist nicht ganz so einfach, wie sich das einige Leute vorzustellen scheinen. Aber größte Aufmerksamkeit und, wenn es not tut, entschlossene Abwehr sind doch am Platze. Denn die Zeichen, die auf die Absicht einer monarchistischen Restauration hindeuten, mehren sich in der letzten Zeit in auffallender Weise.

Die Reichsregierung hat zwar in einer Erklärung diese Gerüchte als reines Phantasieprodukt bezeichnet, aber sie wird damit das einmal erwachte Mißtrauen nicht beseitigen.

Wieder ein neuer Konflikt.

Die Regierung brüskiert den Auswärtigen Ausschuss - Der Ausschuss faßt einstimmig eine sehr scharfe Entschlieung.

Berlin, 11. Okt. Ueber die heutige Sitzung des Auswärtigen Ausschusses erhalten wir von parlamentarischer Seite folgende Darstellung:

In der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, in der die Reichsregierung über die wichtigsten Fragen der Außenpolitik, insbesondere Lausanner Abkommen, Abrüstung und Völkerverständigung Bericht erstatten und Aufklärung geben sollte, waren die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Deutschen Nationalen Volkspartei erschienen. Gegen das Verhalten der Reichsregierung die erneut ihr Erscheinen im Ausschuss abgelehnt hatte, wurde von allen Parteien scharfer Protest eingelegt. Ein kommunistischer Antrag, namentlich den Auswärtigen Ausschuss in einen Untersuchungsausschuss umzuwandeln und die Verhandlungen öffentlich zu führen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, nachdem alle übrigen Parteien erklärt hatten, daß dieser Antrag mit dem verfassungsmäßigen Sinn und Zweck des Auswärtigen Ausschusses in unlösbarem Widerspruch stehe, und daß die Durchführung dieses Antrages die Zwecke der deutschen Außenpolitik nicht fördern könne, sondern im Gegenteil nur schädigen werden. Sodann wurde von dem Zentrumsgesandten Dr. Bell ein von ihm gemeinschaftlich mit dem Abg. Graf Quadt von der Bayerischen Volkspartei entworfener Antrag eingebracht, der unter Bezugnahme auf die im September eingelegte gefassten Ausschussbeschlüsse entschiedene Rechtsverwahrung einlegte gegen das erneute verfassungswidrige Verhalten der Reichsregierung, gegen die Verletzung der Volksrechte und gegen die Ausschaltung der Volksvertretung. Ein ähnlicher Antrag Dr. Fried und Gen. wurde von den Nationalsozialisten eingebracht. Da beide Anträge im wesentlichen auf das gleiche Ziel gerichtet waren und im Allgemeininteresse ein möglichst einheitsvoller Beschluß lag, so wurde eine kurze Pause von den Antragstellern dazu benutzt, den Inhalt ihrer Anträge zu einem gemeinschaftlichen Antrag zu verbinden. Dieser verbundene Antrag Dr. Fried, NSDAP, Dr. Bell Zentrum und Graf Quadt Bayerische Vpt. wurde sodann nach dem die Kommunisten sich entfernt hatten, einstimmig in folgender Fassung angenommen:

Der Auswärtige Ausschuss hat auf

Grund des Art. 33 der Reichsverfassung die Zuziehung des Herrn Reichskanzlers, des Herrn Reichsaussenministers und des Herrn Reichswehrministers beschlossen, um in den für das Schicksal des deutschen Volkes entscheidenden Fragen der Außenpolitik, insbesondere über das Lausanner Abkommen und die Abrüstungsfrage die erforderlichen Auskünfte zu erhalten. Die Weigerung der Reichsregierung, diesem Ersuchen zu folgen, bedeutet einen Verfassungsbruch gegen den sowohl aus Rechtsgründen wie aus zwingenden Gründen der Außenpolitik wie der Innenpolitik schärfste Verwahrung eingelegt wird.

In der auf heute anberaumten neuen Sitzung mit der Tagesordnung: „Bericht über die Lausanner Verhandlungen, Abrüstungsfrage, Bericht über die Völkerverständigung“ hat die Reichsregierung wiederum ihr Erscheinen abgelehnt. Das verfassungswidrige Verhalten der Reichsregierung wird besonders dadurch gekennzeichnet, daß sie sich einerseits mit scharfer Betonung beruft auf die Reichsverfassung um daraus die uneingeschränkte Ausübung aller verfassungsmäßigen Rechte einer vollberechtigten Regierung für sich herzuleiten, daß sie andererseits aber ihren verfassungsmäßigen Pflichten gegenüber der Volksvertretung sich entzieht.

Die Weigerung der Reichsregierung, dem Auswärtigen Ausschuss Rede und Antwort zu stehen, bedeutet aber auch eine schwere Schädigung der außenpolitischen Stellung des Reiches, da die Reichsregierung damit vor aller Welt beweist, daß sie nicht den Mut findet, für ihre von schweren Mißerfolgen in Lausanne und Genf begleitete Außenpolitik einzustehen und eine Unterstützung im Volk und in der Volksvertretung zu suchen.

Diese außerordentlich scharfe Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses dürfte der Reichsregierung bei ihrem jetzigen Besuche in München nicht gerade sehr gelegen kommen, zumal ja auch der Vertreter der Bayerischen Volkspartei diese scharfe Fassung mit Entzornen und mit angenommen hat. Auch die Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig, an denen Bayern gegen die Reichsregierung beteiligt ist, dürfte immerhin einige Schatten auf die Münchener Besprechungen werfen.

Der Reichskanzler in München.

Serr von Papen bekennt sich zum Föderalismus - Zweck der Reise: Bepreßung der Reichsreform - Eine Rede vor den bayerischen Industriellen.

Der Besuch des Reichskanzlers in der bayerischen Hauptstadt wird von Seiten der Reichsregierung bewußt zu einer bedeutenden Angelegenheit aufgezogen. Es ist nicht der übliche freundschaftliche Besuch, sondern eine bewußt politische Staatsaktion. Der Kanzler erscheint mit einem großen Stab von Reichsbeamten und betont in aller Öffentlichkeit, daß er gekommen sei, um politische Verhandlungen zu führen.

Schon am Bahnhof wurde Herr von Papen vom bayerischen Ministerpräsidenten und dem Vertrauensmann der Reichsregierung, Freiherrn von Lersner empfangen. Er fuhr dann zunächst zur Wohnung Dr. Helld, wo er für die Dauer des Münchener Aufenthalts wohnen will. Gegen 10 Uhr morgens fand der erste offizielle Besuch bei der bayerischen Staatsregierung im bayerischen Außenministerium statt. Bei dieser Gelegenheit wurden die ersten offiziellen Reden gewechselt. Dr. Helld meinte, in dem Besuch sehe er eine Anerkennung der Selbstän-

digkeit der Länder durch das Reich. Herr von Papen erwiderte darauf, daß er von „Anbeginn seiner Regierung“ darauf bedacht gewesen sei, die Einheit zwischen Reich und Ländern wiederherzustellen. In Gemeinschaft mit den Ländern und durch die Länder wolle seine Regierung das neue Reich bauen.

Es folgte dann ein kurzer Besuch beim Präsidium des bayerischen Landtages, folgte ein Presseempfang, bei dem der Reichskanzler noch einmal ausdrücklich betonte, seine Regierung habe sich bewußt föderalistisch eingestellt.

Der Rest des Morgens war mit Besuchen auf dem Rathaus, beim päpstlichen Nuntius, bei Kardinal Faulhaber, am Ehrenmal der Münchener Kriegsoffer ausgefüllt. Nach einem Frühstück im Hause des Ministerpräsidenten Dr. Helld fanden die ersten politischen Besprechungen statt. Der Abend war mit einem gesellschaftlichem Empfang in den Räumen der Ministerpräsidenten ausgefüllt.

Der Reichskanzler sprach heute morgen im Phöbuspalast in München vor dem Verband bayerischer Industrieller. In seiner Rede führte er etwa folgendes aus:

Wir wissen, daß Deutschlands Reichtum in der Vielgestaltigkeit seiner Stämme und seiner Kultur liegt, man würde sich an Deutschland verdingen, wollte man es einseitig unter dem Gesichtswinkel eines Stammes oder einer Landschaft betrachten.

Die Einheit des Reiches in seiner Weltgestaltung wieder zum Ausdruck zu bringen, ist die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Gerade weil wir den Frieden wollen, in dem allein wir wieder zur Wohlfahrt und Blüte gelangen können fordern wir die Grundrechte der Freiheit und Gleichberechtigung. Augenblicklich steht das Abrüstungsproblem im Mittelpunkt des Interesses. Wir fordern gleiches Recht und gleiche Sicherheit wie alle anderen Völker. Wer wird Kapital anlegen in einem Lande, das zum Zugriff seiner Nachbarn schutzlos preisgegeben ist? Es ist uns allen noch in furchtbarer Erinnerung, wie vor noch nicht zehn Jahren der Einmarsch fremder Truppen in unser Gebiet die Reichsmark auf den billigsten Teil ihres jetzigen Wertes stürzen ließ!

Was wir wollen, ist keine neue Unruhe, kein Wettrüsten, kein kriegerisches Abenteuer, unser Ziel ist ein neues friedliches Europa, das geordnet ist nach den ewigen Gesetzen der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker, auf die vertrauensvoll wir 1918 die Waffen aus der Hand legten. Erst wenn die Völker unseres Kulturkreises in einem solchen Europa brüderlich nebeneinanderleben, dann werden die Grundlagen vorhanden sein eines neuen gemeinsamen Aufbaues der Welt. Dann ist die Forderung erfüllt, welche die wirtschaftlichen Sachverständigen der Welt immer wieder den Politikern beschwörend vorgehalten haben.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung hat, auch hier in Bayern in seinem Grundgedanken, dem Appell an die Verantwortungsfreudigkeit der Unternehmer, an die privatwirtschaftliche Initiative, vollen Anklang gefunden. Das schließt natürlich nicht aus, daß einzelne Gebiete dieses Programms kritisch beurteilt werden. Der Leitsatz auch des Wirtschaftsprogramms ist, Vertrauen zu schaffen. Und ich glaube, daß der Anfangserfolg nicht ausgeblieben ist, ja sich bereits in einem Ausmaß eingestellt hat, der uns für die Zukunft hoffnungsvoll stimmen kann. Wie Ihnen bekannt ist, hat die Entwicklung des Arbeitsmarktes im vergangenen Monat mit einer Nettoabnahme der Arbeitslosenzahl um 123 000 Arbeitslose abgeschlossen. Im Gegensatz dazu brachte der September des vorigen Jahres eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um 140 000 Arbeitslose. Nun ist gewiß die sehr erfreuliche Besserung des Arbeitsmarktes das Ergebnis verschiedener zusammenwirkender Faktoren, die sich in ihrer Einzelwirkung nicht von einander trennen lassen.

Die Ausgabe der Steuergutscheine verschafft der Wirtschaft, und zwar - wie ich nachdrücklich betonen möchte - nicht nur den Großbetrieben, die zur Behebung der wirtschaftlichen Tätigkeit benötigten Geldmittel.

Aber auch in einem anderen Punkte hat die wirtschaftliche Entwicklung der Reichsregierung recht gegeben. Die günstigere Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklungsausichten hat angehalten. So haben sich vor allem die Rohstoffpreise nach den gegenüber einer übersteigerten Anfangsbewegung unvermeidlichen Rückschlägen weiter behauptet. Auch sonst hält die erkennbare wirtschaftliche Besserung an.

Zu den Teilgebieten des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, die am heftigsten in der Öffentlichkeit wie in den Kreisen von Industrie und Handel kritisiert worden sind, gehört die Handelspolitik. In dieser Beziehung kann ich nur wiederholen, was ich bereits in Münster erklärt habe: Den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie lehnt die Reichsregierung ab. Deutschland kann nicht auf seine weltwirtschaftlichen Beziehungen verzichten. Es muß jede Arbeitsgelegenheit ausnützen, die ihm der Auslandsmarkt heute noch bietet. Aber diese Erkenntnis darf nicht hindern, Notstandsmassnahmen zum Schutze unserer Landwirtschaft, zur Erhaltung ihrer Lebensfähigkeit zu treffen, wie wir sie im Reichskabinett für unvermeidlich

ber darauf zu ach-
mehr als 1 1/4 Li-
wendung gelangt.
Apfelschalen und
sone beifügen und

hen in 40
st trinken
uch Sie?

Brühler Turn-
dieser Mannschaft
zusehen, einen har-
nen in der ersten
ne Partie lieferte,
wesentlich anders
der Erfolg blieb
Sintermannschaft
di und vor allem
Zeit rein. Erst ein
sichem Strafraum,
ages ein. Alle An-
spanne zu vergrö-
nigen Abwehr des
e der Ehrenfelder
Verteidigung hin-
Form glänzte.
nheit einzugreifen,
ebenfalls in blen-
stelle eine schnelle
s keinem Gegner
n Plase, ein Spiel
hüßl Turnerinnen
agen, schwach spie-
des aber verpölet
n die Punkte trotz
nenschaft verlor un-
end 6:0 (3:0).

Brühl - NSD. Fre-
komte B. wieder
t beim Anstoß legt
3. Minute schießt
Kärlauke zum 1:0
hön vor, aber Ber-
a keine Erlolge zu.
sch Halbends und
schlossen. Nach der-
n, durch Selbsttör-
e Torzahl auf 3:1
Abseitsstellen der
nd mancher Erfolg
Schluß noch 2 Tore
we schlug Frecher

her, Brühl.
Brühler Zeitung“
mbS. Brühl.

el - Verein
gruppe Brühl

niflags-
Wanderung

ttwoch, 12. Oktob.
- Altengeldborfer
Vochem - Brühl
Etwa 8 km.

ung: G. Dieblich,
sch: 14.30 Uhr von
Ede Staifer's
straße.

rege Beteiligung
eben.

als-Verammlg.
reitag, 14. Oktober

iterer
Kürten-
Abend

des Rheinischen
stellers S. B. Kür-
des Birkedorf bei
Düren.

zu beiden Veran-
gen willkommen!
regen Besuch bittet:
Der Vorstand.

artoffeln
ntstellern
zu verkaufen.

Wwe.Wind
ntentrache 37.

ren Sie nicht
Kosten, die eine
Anzeige ver-
acht. Die Ausga-
macht sich bei Be-
gung der „Brühler
Zeitung“ als Inter-
nsorgan

ut bezahlt!

erachtet haben. Jahrelang hat man eine Wirtschaftspolitik geführt, die die industrielle Erzeugung zum Schaden der agrarischen stark begünstigte. Heute handelt es sich darum, der landwirtschaftlichen Erzeugung Lebensbedingungen zu verschaffen, die sie vor dem vollen Zusammenbruch bewahrt. Wir wollen keinen Wirtschaftskrieg. Aber ich muß die Erwartung aussprechen, daß man sich vor allem im Auslande der besonderen Notlage unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht verschließt. Wenn die Welt wieder bereit ist, in größerem Umfang deutsche Industrieerzeugnisse aufzunehmen und auf diese Weise der Weltmarkt wenigstens einen Teil unserer Arbeitslosen wieder Arbeit gibt, dann wird auch die Kaufkraft unserer Arbeiterschaft wieder steigen und die Aufnahmefähigkeit Deutschlands für landwirtschaftliche Erzeugnisse wieder wachsen.

Wir können nur hoffen, daß die kommende Wirtschaftskonferenz die industriellen Zollmauern und die Währungsbeschwerden, denen eine so große Zahl von Ländern unterliegt, beseitigen wird.

Eine weitere starke Kritik hat der sozialpolitische Teil des Regierungsprogramms erfahren. Man ist sogar so weit gegangen, daraus auf eine besondere Arbeitslosigkeit der Reichsregierung zu schließen. Ich glaube, daß zum mindesten die Arbeiter, die nach dem von mir erwähnten Ergebnis des Arbeitsmarktes vom September in Arbeit gehalten worden sind, diesen Vorwurf nicht erheben können. Wir vertreiben keine „Milliarden-geschenke an die Unternehmer“, sondern wir haben nur das eine Ziel: möglichst viel Millionen von Arbeitslosen wieder Arbeitsmöglichkeiten und ausreichende Existenzmöglichkeiten zu verschaffen.

Die so stark kritisierte Ermächtigungsvorordnung der Reichsregierung soll die sozialen Einrichtungen und Leistungsfähigkeit erhalten und ihre Verwaltung zum Nutzen des Versicherten vereinfachen. Aus der stabilen und allmählich wachsenden Beschäftigungsziffer erwarten die Versicherungsträger zunächst bleibende und dann steigende Beitragseinnahmen. Daraus wird die Reichsregierung, vielleicht schon in kurzem, die erforderlichen Folgerungen zu Gunsten der Leistungsempfänger ziehen. Für den Winter hoffen wir, in der Arbeitslosenhilfe die Unterstützungssätze erhöhen können. Ueber das hier mögliche Ausmaß wird zurzeit beraten. In der Krankenversicherung sollen Bindungen, welche die frühere Reichsregierung den Versicherungsträgern bei den freiwilligen Mehrleistungen auferlegt hat, gelockert werden. Es ist auch in Aussicht genommen, in der Rentenversicherung an Stelle eines Teiles der früheren abgebauten Leistungen zunächst im beschränkten Umfang freiwillige Mehrleistungen zuzulassen, soweit das mit den Mitteln und Kräften der Versicherungsträger vereinbar ist.

Die Reichsregierung prüft ferner, ob für die Kriegsbefähigten und ihre Hinterbliebenen die Gewährung von freiwilligen Mehrleistungen erleichtert werden kann.

In ihrer ersten Erklärung hat die Reichsregierung den Satz geprägt, daß der Wohlfahrtsstaat über — wie ich unmißverständlich sagen möchte — der Verordnungsstaat so wie er in den letzten Jahren geworden ist, die moralischen Kräfte der Nation zu schwächen drohe. Die heftige Kritik, die dieser Satz gefunden, geht von völlig falschen Voraussetzungen aus. Wir sind der Ansicht, daß die Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts in einem viel zu hohen Maße den Arbeitgeber aller Grade von der sittlichen Pflicht entlastet hat, zu allererst und sei es auch unter großen persönlichen Opfern, für den Arbeitnehmer zu sorgen. Gerade indem der Marxismus die Wirtschaft planmäßig durch untragbare Lasten zerrütet hat, ist er der Hauptschuldige an dem Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen geworden. Der Sinn der sozialen Gesetzgebung muß sein, diejenigen Stellen, denen die Sorge für die wirtschaftlichen Schwachen obliegt, zunächst instand zu setzen für sie zu sorgen. An die Stelle des marxistischen Begriffs der staatlich reglementierten Fürsorge für jeden Bürger setzen wir den einer wahren christlichen Gemeinschaft.

Die deutsche Wirtschaft, ausgeblutet durch die Reparationszahlungen, hat doch noch den plötzlichen katastrophalen Abzug von fünf und mehr Milliarden Reichsmark ausländischen Leihkapitals überstanden.

Sie hat die Banken- und Kreditkrise des vergangenen Jahres, wenn auch unter unermesslichen schweren Erschütterungen, überwunden. Das alles berechtigt zu Vertrauen. Vor allem aber kann sich dieses Vertrauen auf die uralte Erfahrung gründen, daß die reichen Kräfte des deutschen Volkes, namentlich seine unermüdbare Arbeitsamkeit, Deutschland immer wieder auch nach schwerster Krisenzeit zu neuer Blüte geführt haben. Diese unvergänglichen Kräfte wieder zu beleben und ihnen neue Aufgaben zu weisen, das ist das Ziel der Politik der Reichsregierung.

Ist es da nicht ein Verbrechen, wenn aus

wahlaktischen, aus armseligen Parteirücksichten versucht wird, dieses Aufbauprogramm gelstig oder materiell zu sabotieren?

Ohne stetige politische Verhältnisse kann Handel und Wandel des Volkes nicht gedeihen. Die Weimarer Verfassung hat in einer Periode von 13 Jahren gezeigt, daß sie solche Verhältnisse nicht schaffen konnte. Ueberall ist die Erkenntnis verbreitet, daß die Zeit zu dieser Reform gekommen ist. Gerade von München her sind dankenswerte Anregungen gegeben worden. Alle unsere großen Parteien sind sich in der Erkenntnis der Reformbedürftigkeit der Verfassung einig. Der Führer des Zentrums hat bekannt gegeben, daß er demnächst ein Verfassungsprogramm verkündigen werde, und es sollte mich freuen, wenn er aus den Erkenntnissen, die er schon vor vier Jahren über die Notwendigkeit einer stabilen Regierung ausgesprochen hat, jetzt dieselbe Folgerung zieht wie ich. Ich stimme auch dem Herrn Staatsrat Schäffer zu, daß die Periode der Gesetzgebung durch den Artikel 48 einmal abgeschlossen werden muß. Das aber kann nur durch ein neues Verfassungswerk geschehen. Wir wollen eine machtvoll und überparteiliche Staatsgewalt schaffen, die nicht als Spielball von den politischen und gesellschaftlichen Kräften hin und her getrieben wird.

Die Reform der Verfassung muß dafür sorgen, daß eine solche machtvoll und autoritäre Regierung in die richtige Verbindung mit dem Volke gebracht wird. An den großen Grundgesetzen, die der Teil 2 der Weimarer Verfassung enthält, soll man nicht rütteln, aber die Formen des politischen Lebens gilt es zu erneuern und den Bedürfnissen des Volkes anzupassen. Als Gegenwicht gegen einseitige, von Parteinteressen herbeigeführte Beschlüsse des Reichstages bedarf Deutschland einer besonderen Ersten Kammer mit fest abgegrenzten Rechten und starker Beteiligung an der Gesetzgebung. Es wird erwoogen, ob dieses Ziel durch Ausgestaltung des Reichstages erreicht werden kann.

Die Reichsregierung beabsichtigt, die Verfassungsreform im engen Einvernehmen mit den Ländern durchzuführen. Die geschichtlich gewordenen deutschen Staats-

gebilde sollen nicht verewaltigt werden. Die Reichsregierung lehnt jede Maßnahme ab, die unmittelbar oder mittelbar eine Verschlagung Preußens bedeutet.

Das Schwerkergeld der Reform muß in der Beseitigung des allgemein, auch von bayerischer Seite beklagten Dualismus zwischen Reich und Preußen liegen.

Dies Ziel wird durch die Zusammenfügung der wichtigsten Organe des Reichs und Preußens erreicht werden. Im Zusammenhang mit der Herstellung einer organischen Verbindung zwischen dem Reich und Preußen wird es durchaus möglich sein, den übrigen Ländern, die gerade von bayerischer Seite erstrebte Verfassungsautonomie zu gewähren. Auch die durch Artikel 18 der Weimarer Verfassung beseitigte Gebietsautonomie für die lebensfähigen und lebenswilligen Länder kann wieder hergestellt werden.

Auch eine Reihe weiterer Wünsche, die im Interesse der Stärkung der Länder erhoben werden, ist erwägenswert. Vor allem wäre es denkbar, den Ländern freie Hand in der Gestaltung des Gemeindefinanzrechts zu geben und für den Ausbau des Landeswahlrechts Wünschen der Länder Rechnung zu tragen. Die Reichsregierung wird den Verfassungsentwurf so fertig stellen, daß der neue Reichstag ihn bei seinem Zusammentritt vorfindet. Möge er beweisen, daß er diesen großen Aufgaben gewachsen ist! Lebensfähig sind nur diejenigen Einrichtungen, welche aufbauende Arbeit schaffen können. Die Väter der Weimarer Verfassung haben selbst die Erkenntnis besessen, daß sie das Schicksal des deutschen Volkes nicht allein in die Hände des Reichstages legen konnten. Sie haben in der Institution des Reichspräsidenten eine zugleich demokratische und autoritäre Gestalt geschaffen, die einzige, die sich heute auf eine Mehrheit des Volkes stützen kann. Er ist heute der Hort allen Vertrauens im deutschen Volke. (Schluß in der morgigen Ausgabe.)

Die Rede des Kanzlers, die durch Rundfunk übertragen wurde, dauerte bei Redaktionsschluß noch an.

Der Prozeß vor dem Staatsgerichtshof.

Der Vertreter des Reiches muß eine Entgleisung zugeben. — Ein Brief Brauns — Seevering und von Gayl widerprechen sich. — Dr. Brecht beantragt einstweilige Verfügung.

Am Dienstagmorgen wurde die Verhandlung der Preußenklage vor dem Staatsgerichtshof fortgesetzt. Dabei kommt es zunächst zu einer sehr peinlichen Situation für den Vertreter der Reichsregierung, weil dieser am Vortage erklärt hatte, Ministerpräsident Braun habe es als wesentlichsten Punkt erklärt, daß er sein volles Gehalt weiterbeziehe. Der preußische Vertreter Dr. Brecht erklärt diese Behauptung nach Rücksprache mit Dr. Braun als unwahr. Gottheimer kann sie auch nicht aufrechterhalten und es stellt sich heraus, daß lediglich der Reichsvertreter Brauns beim Staatsminister angefragt hat, wie die Gehaltsfrage geregelt werden solle. Daraus hatte Gottheimer den polemisch gehässigen Hieb gemacht, den er heute mit falscher Information entzündete.

Sogar der Vorsitzende Präsident Dumle sieht sich veranlaßt, dem Vertreter des Reiches einen Verweis zu erteilen. Er sagt nämlich, die ganze Erörterung der Gehaltsfrage sei unwesentlich und liege neben der Sache. Aber einer Persönlichkeit, wie sie Ministerpräsident Braun unstreitig darstellt, sollte man Motive, wie sie vorgebracht wurden, nicht unterstellen.

Das ist ein offenkundiger Mißfall seitens der Prozeßleitung. Es ist verständlich, daß Preußens Vertreter noch einmal nachgreift und feststellt, daß auch jetzt die Unterstellungen gegen Ministerpräsident Braun noch nicht zurückgenommen worden seien. Sehr wirkungsvoll ist ein Brief Brauns an Brecht, den letzterer in diesem Zusammenhang ohne Vorwissen Brauns verliest. Der Brief datiert vom 29. August d. J. Dr. Brecht erinnert zunächst daran, daß Braun seinen einzigen Sohn durch den Krieg verloren habe und daß seine Frau gelähmt wurde und verliert dann folgendes Schreiben:

„Ich komme jetzt erst langsam über die Bitterkeit hinweg, die mich über die Art der Amtsenthebung und die Begründung erlöst hat. Ueber 10 Jahre lang habe ich die Reichspolitik ohne Rücksicht auf die Zusammenlebung der Reichsregierung, oft auch unter Schädigung der Werbestadt meiner Partei, die im Reichstag Maßnahmen bekämpfte, die ich im Reichstag im Interesse der deutschen Zusammenarbeit zwischen Reich und Preußen unterstützte. Oft haben wir Reichsregierung auf ihr Ansuchen im Reichsrat Hilfestellung gegen Bayern und andere Länder geleistet, was für Preußen im Landesinteresse günstig gewesen wäre, in die Front der anderen einzuweisen.“

Im hohen Reichsinteresse haben wir das getan, und nun wegen Nichterfül-

lung der Pflichten gegen das Reich wie ein Dienstbote, der gestohlen hat und den man das Haus nicht mehr betreten läßt, aus dem Amt abgesetzt zu werden, ist bitter, und das um so mehr, als es auf die Anordnung eines Mannes geschieht, für dessen Verfassungstreue ich meine ganze Person eingelegt habe und der mir nicht zuletzt seine Wiederwahl zum Reichspräsidenten verdankt. Aus meiner 40jährigen politischen Praxis weiß ich, daß es in der Politik Dank nicht gibt, aber ein gewisses Maß von Achtung ist doch die unerlässliche Voraussetzung auch für eine politische Zusammenarbeit.“

Einem Manne, der so empfindet — meint Dr. Brecht — solch unedle Motive zu unterstellen wie es hier geschehen sei, müsse man doch als verwerflich ansehen.

Damit ist diese Affäre zunächst erledigt, daß eine Zeugenvernehmung des Reichskanzlers und der übrigen Reichsminister nicht in Frage komme, da sie als Partei zu betrachten seien. Zudem werde es sich bei den in Frage stehenden Abmachungen mit der NSDAP ja wohl nicht um schriftlich formulierte Erklärungen, sondern um mündliche Absprachen handeln.

Prof. Dr. Heller, der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtags, präzisierte das Beweissthema für die Zeugenvernehmung dahin, daß von vornherein die Regierung von Bayern mit der NSDAP Abmachungen über die Beseitigung der preußischen Regierung getroffen habe. Mit der Ladung maßgebender Mitglieder des Herrenraths solle bewiesen werden, daß von einer unabhängigen und unparteilichen Regierung, die nur die Bürgerkriegssituation bekämpfen wollte, gar keine Rede sein könne, daß vielmehr sehr klare parteipolitische Abmachungen bestanden.

Der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Gottheimer erklärte dazu u. a.: Ich habe bereits gestern gesagt, daß die Reichsregierung durch keinerlei Abmachungen oder Abkommen zu einem Einschreiten gegen Preußen sich verpflichtet hatte. Ich muß heute nochmals namens der Reichsregierung erklären, daß sie sich in freier und verantwortungsbewußter Entscheidung zu dem entschlossen hat, was am 20. Juli geschehen ist.

Nach einem Einwurf Dr. Brechts, die Abmachungen seien auf Umwegen erfolgt, betonte der Reichsgerichtspräsident, es sei kein Zweifel, daß Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und der neuen Reichsregierung nachstehenden Persönlichkeiten damals stattgefunden hätten, und daß sich

daran gewisse Erwartungen der Nationalsozialisten geknüpft hätten.

Professor Heller wendet sich gegen das Dementi des Ministerialdirektors Gottheimer, wonach die Reichsregierung keine Verhandlungen mit den Nationalsozialisten über das Vorgehen gegen Preußen gepflogen habe. In dieser Form werde auch die Behauptung gar nicht aufgestellt. Nicht die Reichsregierung in corpore, wohl aber einzelne Reichsminister hätten entsprechende Verhandlungen mit Verabredungen geführt.

Damit ist die Erörterung der tatsächlichen Vorgänge vor dem 20. und am 20. Juli beendet.

Präsident Dumle weist darauf hin, daß innerhalb der Verhandlung der tatsächlichen Vorgänge nunmehr geprüft werden soll, was durch die Verordnung am 20. Juli entstanden sei.

In seinem einleitenden Vortrag zu dem neuen Verhandlungsabschnitt erklärt Dr. Brecht u. a. aus verschiedenen Erklärungen von Vertretern der Reichsregierung zur Verordnung ergebe sich eindeutig, daß es der Reichsregierung auf eine endgültige Absetzung und Beseitigung der Mitglieder des Kabinetts Braun angekommen sei. Erst einige Tage später, als sich ergeben habe, daß das Reich zu dieser Absetzung gar nicht befugt sei, habe die Reichsregierung sich darauf beschränkt, von einer Suspendierung der Amtsausübung zu sprechen.

Dr. Brecht schildert dann, daß der Reichskommissar sofort nach seiner Einsetzung 34 preußische Beamte zur Disposition gestellt und 10 Beamte zwangsweise beurlaubt habe. Daß es sich dabei nicht lediglich um Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit handle, ergebe sich unter anderem daraus, daß auch überparteiliche und anerkannte Sachverständige beurlaubt wurden. Besonders wendet er sich dagegen, daß noch vor kurzem der Reichskommissar die endgültige Ernennung zum Beispiel des Staatssekretärs im Staatsministerium vollaufen habe, der auch Reichsratsvertreter sei. Da unsere Sorge nicht befohlen ist, so sagt Dr. Brecht, hatten wir es für nötig, daß der Staatsgerichtshof durch einstweilige Verfügung bestimme, daß vorläufig weitere Ernennungen unterbleiben.

Zu Beginn der Nachmittags-Sitzung verliest Dr. Brecht die bereits in der Presse bekanntgegebene Erklärung des Ministers Seevering. Demgegenüber verliest Ministerialdirektor Dr. Gottheimer ein Telegramm, das Reichsinnenminister von Gayl ihm überliefert hat und worin dieser nochmals an der Behauptung festhält.

Dr. Brecht meint, die Erklärungen der Minister Seevering und von Gayl über ihre Unterhaltung wegen des Reichskommissars schienen in diametraler Gegensatz zu stehen. Da er aber von keinem der beiden annehme, daß er nicht die Wahrheit sage, müsse es da etwas geben, was aus den Erklärungen nicht ersichtlich sei.

Reichsgerichtspräsident Dumle meint, wenn Seevering tatsächlich der Einsetzung eines Reichskommissars zugestimmt haben sollte, dann würde nicht ersichtlich sein, warum die Reichsjustiz nicht, ehe sie am 20. Juli die Maßnahmen durchführte, mit Seevering Rücksprache nehmen, da es sich ja dann nur um die Erfüllung eines Wunsches von Seevering gehandelt haben würde.

Es beginnt dann die rechtliche Erörterung mit einer allgemeinen Aussprache über die Probleme, die sich aus dem Artikel 48 der Reichsverfassung in Verbindung mit der Bundesstaatlichen Gliederung des Deutschen Reiches ergeben.

Staatsrat Jan, der Vertreter Bayerns, erhält dann das Wort zu grundlegenden Ausführungen, wobei er u. a. erklärt: Bayern hat sich der preußischen Klage angeschlossen, weil es wünscht, daß die Fragen, über die die bayerische Regierung im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Preußen nicht übereinkommen konnte, von dem berufenen Organ, dem Staatsgerichtshof, geklärt werden. Staatsrat Jan erklärt, daß nach seiner Auffassung eine Reichskommissariatsregierung keine Landesregierung sei. In einem Lande könne nur eine Landesregierung existieren, nicht aber eine Reichskommissariatsregierung. Dementsprechend könnten auch die Länder im Reichsrat nur durch Vertreter ihrer Landesregierungen und nicht durch Vertreter von Reichskommissaren vertreten werden.

Für die bayerische Regierung schloß sich Ministerialdirektor Dr. Ficht im wesentlichen den Ausführungen des bayerischen Vertreters über die Eigenstaatlichkeit der Länder an, die erhalten werden müsse.

Der juristische Vertreter der bayerischen Regierung, Prof. Rawasch-München, behandelte sodann eingehend die Rechte und Pflichten des Reiches und die Rechte und Pflichten der Länder.

Der Vorsitzende teilte mit, daß Ministerialdirektor Dr. Schöke den Auftrag erhalten habe, den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar vor dem Staatsgerichtshof zu vertreten.

Was geht im Berliner Zeitungs- wesen vor?

Die „Deutschen Führerbriefe“ teilen folgendes mit über das „Berliner Tageblatt“, das bisher zusammen mit der „Berliner Volkszeitung“ und dem „S-M-R-Abendblatt“ den äußersten links-liberalen Flügel vertrat: „Das „Berliner Tageblatt“ und der Zeitungsverlag Rudolf Mosse stehen zurzeit im Mittelpunkt des Interesses politischer und publizistischer Kreise Berlins. Uebereinstimmende Informationen aus den verschiedensten Quellen sprechen von einer Beteiligung des Reiches an diesem Unternehmen, die von weitgehenden Folgen für die bisherige redaktionelle Haltung der Zeitung begleitet sein werde. An Stelle von Theodor Wolff, der von einem längeren Urlaub nicht mehr zurückkehrt, werde die politische Leitung auf ein Kollegium übergehen, bestehend aus dem Chef des Handelssteils Felix Pinner, dem früheren Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ Starck und dem bekannten dem Zentrum nahestehenden Außenpolitiker, Ulrich Hauser. In der starken Auslandsverbreitung des „Tageblatts“ scheint die Reichsregierung die Rechtfertigung für ihre finanzielle Hilfsaktion zu sehen, die sonst von einem Teil der Öffentlichkeit sicherlich stark kritisiert werden dürfte.“

Wer die in den Häusern Ullstein und Mosse erscheinenden Zeitungen in den letzten Wochen verfolgt hat, der kann an der Feststellung nicht vorbeigehen, daß diese großen demokratischen Blätter gegenüber der Regierung von Papen sehr zahm geworden sind. Am auffälligsten tritt das bei der „Vossischen Zeitung“ und der „B.Z. am Mittag“ in Erscheinung. Allmählich werden die geheimen Fäden sichtbar, die diesen Antifazienten bewirken. So ist in der „Vossischen Zeitung“ an die Stelle Georg Bernhards, der daraus vor etwa zwei Jahren ausgeschieden ist, ohne zunächst einen Nachfolger zu erhalten, jetzt der Handelsredakteur der „Frankfurter Zeitung“ Erich Welter als Chefredakteur engagiert worden, nachdem bereits seit dem 1. Juli der ehemalige Staatssekretär aus dem Reichsfinanzministerium Schäffer als Generaldirektor berufen wurde. Die dem Tat-Kreis nahestehenden „Deutschen Führerbriefe“ teilen zu dieser Umorganisation folgendes mit: „Das in publizistischen Kreisen sicher sehr interessierende Engagement ist nur eine Teilaktion des Gesamtplanes Schäffers, aus der „Vossischen Zeitung“ unter Aenderung auch des äußeren Formats und der bisherigen einseitigen Linksrichtung und unter Einsatz enormer Mittel für den technischen, redaktionellen und Nachrichtenapparat eine Art deutsche „Times“ zu machen. Auch die übrigen im Verlage Ullstein erscheinenden Organe sollen im Rahmen eines Gesamtplanes einheitlich auf die neue Richtung gebracht werden.“

Reichsregierung und Berliner Tageblatt dementieren die Nachrichten, ohne damit freilich vorderhand überzeugen zu können. Die allzu plötzlich vollzogene politische Schwankung ist zu offensichtlich, um übersehen zu werden. „Vossische Ztg.“ und Ullstein-Verlag schweigen sich aus. Wir haben nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es mit dem Grundsatz der Pressefreiheit unvereinbar ist, wenn das Reich Zeitungen subventioniert.

Barrikadenkämpfe in Belfast.

Belfast, 11. Okt. Die in der Hauptstadt Nordirlands, Belfast, ausgebrochenen Arbeitslosen-Unruhen nahmen einen derartigen Umfang an, daß die Stadt durch einen Polizeifordon abgesperrt werden mußte. An einer Stelle der Stadt wurde von den Aufständischen Gräben aufgeworfen und Barrikaden errichtet. Zu wiederholten Malen mußte die Polizei zum Angriff übergehen. Die Beamten wurden mit einem wahren Steinhagel empfangen. Durch eine Verfügung ist das Betreten der Straßen zwischen 11 Uhr abends und 5 Uhr morgens verboten worden. Der Zutritt zur Stadt ist bis morgen früh gesperrt und der Autobus- und Straßenbahnverkehr eingestellt worden.

Bei den erwähnten Demonstrationen von Arbeitslosen kam eine Person ums Leben. Bei den am Nachmittag wieder ausflackernden Unruhen mußte die Polizei wieder eingreifen. Es wurden sowohl von der Polizei als auch aus der Menge Schüsse abgegeben. Dabei wurden 15 Personen verletzt. Am späten Abend brachen in Belfast drei Brände aus, die auf Vandalismus zurückzuführen sein dürften. Eine große Zahl Straßenlaternen wurden zerstört, jedoch die Polizei sich elektrischer Scheinwerfer bedienen mußte. Mehrere Geschäfte wurden geplündert. Erst nach Mitternacht trat wieder Ruhe ein. Da jedoch in einem Stadtbezirk noch auf die Polizei geschossen wurde, fahren noch Panzerwagen durch diese Straßen.

Aufdeckung eines tollen Schwindels.

Heimkehrer Daubmann ist gar nicht Daubmann — Fingerabdrücke entlarven ihn als längst
gefügten Verbrecher.

Freiburg i. Br. 11. Okt. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, hat der angebliche Oskar Daubmann bei seinem Verhör durch Beamte des Landespolizeiamtes Karlsruhe gestanden, nicht der wirkliche Oskar Daubmann zu sein. Er gab zu, daß seine Angaben nicht in allen Teilen auf wirklichen Erlebnissen beruhen. „Oskar Daubmann“ ist heute abend verhaftet worden.

Ueber ihr Ergebnis wurde auch an amtlichen Stellen jede Auskunft verweigert. Diese Verweigerung amtlicher Stellen beruht darauf, daß das Protokoll über die heute abend erfolgte Vernehmung Daubmanns noch nicht in Karlsruhe vorliegt und die Freiburger amtlichen Stellen eine Aussage ohne Vollmacht der Karlsruher Stellen verweigern. Jedenfalls dürfte mit größter Sicherheit feststehen, daß die Vernehmung die Unrichtigkeit der Angaben Daubmanns ergeben hat.

Es wird sogar angedeutet, daß Oskar Daubmann gar nicht der wirkliche Oskar Daubmann ist, sondern ein Schwindler, der es verstanden hat, viele zu täuschen. Das Gerücht, das Daubmann in Polizeigewahrsam genommen wurde, ist gleichfalls nicht amtlich bestätigt, dürfte aber zutreffen. Jedenfalls haben die verschiedenen Gegenüberstellungen Daubmanns mit anderen Persönlichkeiten ihn außerordentlich schwer belastet. Ein besonderes Beweisargument dafür, daß Daubmann nicht Oskar Daubmann sein soll, sollen auch Fingerabdrücke sein, die bezüglich der wirklichen Person des Daubmann gewisse Schlüsse zulassen.

Wie wir weiter zum Fall Daubmann erfahren, soll der Verhaftete Schneider von Beruf sein. Seine politische Vernehmung und Festnahme erfolgte im Anschluß an eine Autofahrt, die der Betrüger unternommen hatte und bei der er Zeuge eines Autounfalls bei Krozlingen war. Er und sein Wagenführer leisteten dabei die

erste Hilfe und brachten den Schwerverletzten nach der Chirurgischen Klinik nach Freiburg. Kurz darauf erfolgte die Verhaftung des angeblichen Daubmann auf der hiesigen Polizeidirektion.

Freiburg, 11. Okt. In der Angelegenheit des Oskar Daubmann aus Endingen scheint eine sensationelle Wendung eingetreten zu sein. Im Verlaufe der letzten Zeit haben sich mehrere Persönlichkeiten bei den behördlichen Stellen, darunter ein ehemaliger Fremdenlegationsrat aus Essen a. d. Ruhr gemeldet, dem Oskar Daubmann am Montagabend in Endingen gegenübergestellt wurde. Im Verlaufe der weiteren Feststellungen wurde Daubmann heute vom Landespolizeiamt Karlsruhe gesucht, da sein Aufenthaltsort nicht bekannt war. Daubmann befand sich auf einer Vortragsreise, konnte aber ermittelt und zur Vernehmung auf die Polizeidirektion Freiburg (Breisgau) gebracht werden. Ueber diese Vernehmung durch die Beamten des Landespolizeiamtes Karlsruhe ist amtlich noch nichts mitgeteilt worden.

Zu der Verhaftung des angeblichen Daubmann berichten die Blätter, daß es sich bei dem Festgenommenen um einen seit langem gefügten Schwindler handelt, der mit dem richtigen Daubmann einmal zusammengekommen war. Der wirkliche Oskar Daubmann, der vor 16 Jahren während des Krieges vermißt wurde, ist, wie der Vossischen Zeitung zufolge jetzt amtlich ausdrücklich festgestellt wird, nicht mehr am Leben. Der falsche Heimkehrer soll, wie die Vossische Zeitung meldet, ein von der Polizei seit Jahren gesuchter Verbrecher namens Christian Hummel aus Offenburg sein, der 1922 aus der Schweiz ausgewiesen wurde.

Waltendes Schicksal in aller Welt.

Gronau in Rangun.

Berlin, 11. Okt. In einem hier eingetroffenen Funkpost teilt Wolfgang v. Gronau mit, daß das Flugboot im Schleppe der „Caragola“ heute früh in Rangun eingetroffen ist. Die Besatzung sei wohl auf der Maschine in bester Verfassung. Er hoffe, recht bald weiterfliegen zu können. Aus diesem Funkpost geht hervor, daß alle Nachrichten, die von einem Verspringen des Flugbootes wissen wollten, jeder Begründung entbehren. Der Dornier-Wal hat vielmehr die Zwischenlandung auf offener See trotz des starken Wellenganges gut überstanden.

Holländischer Minenleger gestrandet.

Amsterdam, 11. Okt. Meldungen aus Batavia zufolge drohte heute mittag der Minenleger „Kratatau“, einer der größten Minenleger der niederländischen Marine, nordöstlich von Surabaja in flachem Wasser zu kentern. Der Kapitän, der die große Gefahr sofort erkannte, ließ geistesgegenwärtig das Schiff in voller Fahrt auf eine Sandbank laufen, wodurch das Kentern verhindert und einer Katastrophe vorgebeugt wurde. Die aus 30 Europäern und 74 Eingeborenen bestehende Besatzung des Schiffes, auf dem sich zufällig auch der Befehlshaber der Marinestation Surabaja, Kapitän J. S. Neede, befand, wurde später von einem anderen Schiff übernommen. Mehrere Mitglieder der Besatzung haben allerdings Verletzungen erlitten. Man hofft, die „Kratatau“ später von der Sandbank abschleppen zu können.

Sondergerichtsurteil in Rendsburg.

Rendsburg, 11. Okt. Im Landfriedensbruchprozeß wegen des am 10. Januar verübten Ueberfalls auf Nationalsozialisten, bei dem ein SA-Mann den Tod fand, verurteilte das Sondergericht von den 23 Angeklagten, Mitgliedern des SPD und KPD und Angehörigen des Reichsbanners, 16 zu Gefängnisstrafen von anbersthalb Jahren bis herab zu sechs Monaten. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

Auffreuerregender Selbstmord.

Stettin, 11. Okt. Der seit einiger Zeit in Stettin auf Rügen zur Erholung weilende Landgerichtsrat Kleiner aus Berlin-Wilmersdorf wurde tot aus dem Schwarzen See geborgen. Der Landgerichtsrat war von einem Spaziergang nicht zurückgekehrt, so daß man sofort um sein Schicksal auf die Suche ging.

Es steht einwandfrei fest, daß Landgerichtsrat Kleiner, der seit längerer Zeit nervenleidend war, freiwillig in den Tod gegangen ist.

Saalkampf auf einem Schützenfest.

WV Bad Deynhausen, 12. Okt. Bei dem Familienabend des Schützenvereins in Wabbenhausen (Kr. Minden) erschienen dreißig Nationalsozialisten in der Wirtschaft Weymeier, nachdem vorher mehrere uniformierte SA-Leute mit den Gästen scharfe Auseinandersetzungen gehabt hatten. Es gelang zwar, die Nationalsozialisten aus dem Saale zu drängen, jedoch umzingelten diese das Lokal und warfen mit Knütteln und Ziegelsteinen sämtliche Fensterscheiben ein. Als das Licht im Saal erlosch, drangen die Nationalsozialisten ein, und im Augenblick war die größte Schlägerei im Gange, wobei auch Schüsse abgegeben wurden. Etwa 30 Personen wurden verletzt, darunter auch mehrere Frauen. Bei vier Mitglidern des Schützenvereins sind die Verletzungen schwerer Natur. Beim Erscheinen der Polizei waren die Nationalsozialisten bereits geflohen.

Chicagoer Bankpräsident entführt.

London, 11. Okt. Nach einer Meldung aus Chicago ist der Präsident der Security-Bank und der Second Security-Bank, Norman Collins, von Verbrechern entführt worden, die unter Todesdrohungen ein Lösegeld von 5000 Dollar verlangen. Auch die Frau des Bankiers war geraubt worden. Sie wurde aber wieder freigelassen mit der Aufforderung, das Lösegeld zu beschaffen.

Aufstand in Abessinien.

London, 11. Okt. Blättermeldungen zufolge ist bei der hiesigen abessinischen Gesandtschaft eine Meldung aus Addis Abeba eingegangen, wonach der Sohn des Kaisers Haile Selassie wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, aber vom Kaiser begnadigt worden war, einen Aufstand gegen die Regierung angezettelt und den vormaligen Wohnsitz seines Vaters, Debra Martos, in Besitz genommen hat. Die Aufständischen werden von Regierungstruppen belagert.

Die Klage gegen Weiß und Heimannsberg.

Berlin, 11. Okt. Gegen den Beschluß der Strafkammer des Landgerichts I, das Hauptverfahren gegen den früheren Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß und den früheren Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Heimannsberg, entgegen dem Antrage der Staats-

Bolksverein und berufständische Ordnung.

Die soziale Woche des kath. Volksvereins in M. Gladbach. — Die ersten Reden und Aussprachen.

Am Montag begann in M. Gladbach die „Soziale Woche“ des Volksvereins für das katholische Deutschland. Sie wurde eingeleitet durch ein Pontifikalamt des hiesigen Weihbischöfs Dr. Sträter, der auch eine Ansprache an die Teilnehmer hielt. Nach dem Pontifikalamt begannen im Städtischen Saalbau die Vorlesungen. Der Generaldirektor des Volksvereins konnte u. a. den Herrn Weihbischof Sträter und den langjährigen Direktor des Volksvereins, Reichsarbeitsminister a. D. Dr. Brauns, begrüßen. Weihbischof Sträter gab der Hoffnung Ausdruck, daß viele Anregungen für das soziale Wirken von dieser Tagung ausgehen möchten. Universitätsdozent Dr. Mehner sprach dann über das Thema:

„Wettbewerbsfreiheit und berufständische Ordnung.“

Der Redner führte u. a. aus, daß auch in der berufständischen Ordnung Wettbewerbsfreiheit vorhanden sein müsse. Freie Konkurrenz sei allerdings nicht zu vergleichen mit kapitalistischer Marktmechanik, die durch Einführung der Monopole die freie Konkurrenz weitgehend ausgeschaltet habe. Aber auch die rechte Ordnung sei ein Wesenszug gesellschaftlicher Wirtschaft. Eine berufständische Ordnung, die den Wettbewerb in das gesellschaftliche Bindungs- und Ordnungssystem einbezieht, sichert dadurch Bestand und Ordnung der Wettbewerbswirtschaft. Die berufständische Ordnung hat die Wettbewerbsfreiheit gegen monopolistische Einengungsverläufe zu sichern und müsse für eine gesunde Größenordnung der Unternehmen eintreten.

Anschließend wurde ein Vortrag des inzwischen erkrankten Regierungsrats Dr. Fostor (Berlin) verlesen über das Thema: „Konjunkturpolitik u. Krisenabwehr in der berufständischen Ordnung.“ Das Referat betonte, daß eine berufständische Wirtschaftsordnung Krisen mildern könne, verneinte jedoch die Frage, daß sie Krisen überhaupt verhindern könne. Durch Darlegung des Ablaufes von Wirtschaftskrisen wurde diese Stellungnahme begründet. Die Ursachen solcher Krisen seien nicht Fehler der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern liegen in der hochstehenden Produktionstechnik, die die Störungen durch den Kapitalismus verschärft worden. Die berufständische Ordnung könne hier dadurch mildernd wirken, daß sie eine bestimmte vorausschauende Planung innerhalb der Berufsstände schaffe. Das Referat ging dann näher auf diese Planung ein und erbrachte verschiedene Beispiele. Diese Reformen, so betonte das Referat, seien Schulentstellen zur Regulierung des Stromes der Unternehmerrätigkeit.

Reichstagsabgeordneter Dr. Hackelsberger sprach über: Grundlagentheorien zur Gewerbe- und Handelspolitik und das Unternehmertum in der berufständischen Ordnung.

Der Redner betonte, daß aus dem technischen-wirtschaftlichen Problem der Produktionsverteilung das soziale-wirtschaftliche Problem der richtigen Produktionsverteilung geworden sei. Der Redner betonte die Bedeutung der Siedlungsfrage. Er warnte jedoch vor autarkischen Plänen und forderte zwischenstaatliche Vereinbarung zwischen den einzelnen Völkern. Auch die Mammutbetriebe müßten aufgelöst und in zahlreiche Mittel- und Kleinbetriebe in der Korporation des Berufsstandes dezentralisiert werden. Der Redner betonte zum Schluß, daß die sittlichen und moralischen Kräfte eines Volkes die Voraussetzungen für jedes Wirtschaftssystem seien.

Im Anschluß an die Vorträge fanden Aussprachen statt in drei Gruppen. Die Aussprache über „Großstadt und Siedlung“ stand unter Leitung von Dr. Rohmiller, über „Dorfkultur u. Stadt“ unter Leitung von Dr. Schneider und über „Arbeitslosigkeit und Arbeitsdienst“ unter Leitung von Dr. Reimann.

Kardinal Schulte sandte der Tagung seine besten Wünsche.

anwaltschaft nicht zu eröffnen, hat die Staatsanwaltschaft I vorläufige Beschlüsse beim Kammergericht eingereicht. Wann sich der zuständige Senat des Kammergerichts mit diesem Einspruch beschäftigen wird, steht noch nicht fest.

Brand in einer englischen Flugzeugfabrik.

Southampton, 11. Okt. In Gambie-Le-Mice brannten sieben Schuppen der Flugzeugfabrik von Fairley mit den darin befindlichen Flugzeugen nieder.

Aus Westdeutschland.

Kölner Chronik.

Flugzeugabsturz in Köln fordert ein zweites Opfer.

Wp Köln, 12. Okt. In den frühen Morgenstunden des Dienstag ist der am Montag bei dem Flugzeugabsturz über dem Kölner Flughafen schwer verletzte Schriftleiter Feinbals gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Düsseldorf und Umgebung.

Umfangreicher Darlehensschwindel aufgedeckt.

Wp Düsseldorf, 12. Okt. Der Düsseldorfer Kriminalpolizei ist es gelungen, wieder ein betrügerisches Finanzinstitut unschädlich zu machen. Die den Vorstand bildenden fünf Personen der „Reim- und Wirtschaftsbank G.m.b.H. Düsseldorf“ wurden unter dem Verdacht festgenommen, umfangreiche Betrugsverfahren und Unterschlagungen zum Nachteil der Sparer und Darlehensnehmer aus Krefen von Barmen und Gelsenkirchen begangen zu haben. Bei der gerichtlichen Eintragung wurde dem Amtsgericht eine Quittung über das Stammkapital der G.m.b.H. in Höhe von 5000 Mark vorgelegt, die, wie sich herausstellte, gefälscht waren. Die Vertreter der Gesellschaft gewannen ihre Opfer, die sich in finanzieller Notlage befanden, und um Darlehen nachsuchten, durch großzügige Versprechungen. Vor Ausszahlung der Darlehen mußten sie einen gewissen Betrag einzahlen, ohne jedoch das gewünschte Geld zu erhalten. Nur in ganz wenigen Fällen wurde tatsächlich ein Darlehen gewährt. Die Zahl der geschädigten Sparer soll sehr groß sein, da die Organisation sehr weit verbreitet war.

Krochle Kassenlage der Stadt Duisburg.

Wp Duisburg, 12. Okt. Die Kassenlage der Stadt Duisburg hat eine derartige Zuspitzung erfahren, daß die Stadtverwaltung am 10. Oktober nicht in der Lage war, die zweite Rate der Beamtengehälter zur Auszahlung zu bringen. Es wurde nunmehr die Regelung getroffen, daß Beamte und Angestellte mit einem Nettoeinkommen bis zu 150 Mark 50 Mark ausbezahlt erhalten. Verändert wird diese traurige Situation, wenn man bedenkt, daß die Forderungen der Stadt im vergangenen Monat 2,2 Millionen Mark erreichten. Dagegen betrugen die Steuereingänge nur 1 Million Mark.

Auch Wattencheid kann nicht zahlen.

Wp Wattencheid, 12. Okt. Die Stadtverwaltung Wattencheid hat die am Dienstag fälligen Wohlfahrtsunterstützungen nicht zahlen können, da es an Mitteln fehlte. Im allgemeinen wurden zwei Drittel der fälligen Beträge ausbezahlt. Man hofft, den Restbetrag am Montag ausschütten zu können. Mehrere Stadtverordnetenfraktionen haben an den preußischen Innenminister und an die Regierung in Arnberg Hilferufe gerichtet und um Unterstützung gebeten.

Bier Monate Gefängnis wegen Beleidigung eines Geistlichen.

Wp Dortmund, 12. Okt. Das Dortmunder Schöffengericht verurteilte den 31 Jahre alten Elektriker Samarra zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten wegen Beleidigung eines Geistlichen. Der Angeklagte hatte in einem Brief an den Pfarrer des Krankenhauses in Lünen, wo er im vorigen Jahre arbeitete, später jedoch entlassen wurde, zu vier Monaten Gefängnis.

Sechs Jahre Zuchthaus wegen Totschlags.

Wp Lippstadt, 12. Okt. Das Paderborner Sondergericht verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Tagelöhner Friedrich Bedas aus Niederbeddinghausen, der in Delft in der Nacht vom 17. Juni d. J. den Arbeiter Franz Heuer aus Berlin mißhandelt und den Arbeiter Albert Westermeyer aus Berlin getötet hatte, zu sechs Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Die Untersuchungshaft wurde dem Verurteilten angerechnet. Der Staatsanwalt hatte acht Jahre Zuchthaus beantragt. Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages wurde ein schriftliches Geständnis des Angeklagten verlesen, das er in der Nacht niedergeschrieben hatte. Er gibt darin an, Westermeyer mit einem Pfahl erschlagen zu haben. Er will zu der Tat von den Zeugen Risse und Boemann angestiftet worden sein. Diese hätten ihm vorher reichlich Schnaps verabreicht. Risse und Boemann bestritten diese Angaben, jedoch wurde Risse unter dem dringenden Verdacht der Mithaterschaft verhaftet.

Vom Schiff geküsst und ertrunken.

Wp Wallum, 11. Okt. Gestern nachmittag wurde die Frau des Schiffsinhabers Desvries, der mit seinem Kahn im Wallumer Hafen vor Anker liegt, vermißt. Nach langem Suchen bemerkte der Gemann der Vermissten einen Holschuh seiner Frau auf dem Wasser treiben, worauf die Stelle abgesehen wurde.

Hierbei fand man die Frau, die offenbar bei der Arbeit auf dem Schiff ausrutschte, in den Hafen stürzte und so ums Leben kam. Wiederbelebungsvorläufe waren erfolglos.

Leiche aus einem brennenden Haus geborgen.

Wp Neuenkirchen b. Rheine, 11. Okt. Sonntagmorgen, gegen 5 Uhr, brach in dem Gehöft des Landwirts Hilbers ein Brand aus, der in kurzer Zeit das ganze Anwesen erfaßte. Während das Vieh und ein Teil des Mobiliars gerettet werden konnten, wurden das Gebäude und die Ernte ein Raub der Flammen. Das Brandunglück ist umso tragischer, als der Besitzer vor zwei Tagen gestorben und im Hause aufgebahrt war. Die Leiche konnte aus dem brennenden Hause geborgen werden.

Bier Schwerverletzte bei einem Verkehrsunfall.

Wp Remscheid, 12. Sept. Montagabend, um 23.40 Uhr, rief an der Ecke Hindenburg- und Vossstraße ein in Richtung Stadtmitte fahrender Personenkraftwagen mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagen zusammen. Die vier Insassen des Kraftwagens wurden mit schweren Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt. Die Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Bewaffneter Einbrecher raubt Inflationsgeldscheine.

Wp Eschweiler, 12. Okt. Als gestern früh, gegen 2 Uhr, drei Bewohner der Mühlentstraße von einer Festlichkeit heimkehrten, trat

plötzlich eine männliche Person von der Straße aus in die Küche ein. Das Gesicht war mit einer schwarzen Maske bedeckt. In der linken Hand hielt der Unbekannte einen Revolver. Ohne ein Wort zu sagen, ergriff der unheimliche Gast mehrere auf dem Tisch liegende wertvolle Inflationscheine. Als die Hausbewohner sich vom ersten Schreck erholt hatten und die Verfolgung aufnahmen, war der Täter spurlos verschwunden.

Vor der Pensionierung tödlich überfahren.

Wp Berncastel, 12. Okt. Auf dem Staatsbahnhof Berncastel wurde gestern morgen, 10 Uhr, der 61 Jahre alte Oberbahnboisvorsteher Reimann beim Überqueren der Gleise von einer Rangierlokomotive, die er nicht bemerkt hatte, überfahren und sofort getötet. Der Beamte stand kurz vor seiner Pensionierung.

Des Wanderers Ende.

Wp Trier, 12. Okt. Ein trauriges Ende fand gestern nachmittag im benachbarten Schanweiler der 68 Jahre alte Wanderer Diemann, der vollständig taub war. In einem schwer beladenen Bauernwagen verlor die Bremse, und das Fuhrwerk liefte die abschüssige Dorfstraße hinab. Da Diemann, der den Wagen nicht bemerkt hatte, wurde überfahren und sofort getötet.

Vor dem Schwurgericht.

Wp Trier, 12. Okt. Vor dem hiesigen Schwurgericht stand gestern der 22 Jahre alte Korbmacher Weyrauch aus dem Kreise Wittlich, der mit der Frau des Arbeiters Braun in Engelsberg ein unerlaubtes Verhältnis hatte. Braun erfuhr dies und als seine Frau die Beziehungen ableugnete, ließ Braun den

Korbmacher in seine Wohnung kommen um sich Klarheit zu verschaffen. Im Verlauf dieser Aussprache hatte Weyrauch den Braun erschossen. Das Gericht verurteilte ihn zu fünf Jahren Gefängnis mit Rücksicht auf seine Jugend und sein straffreies Vorleben. Die Ehefrau, die vor Gericht unter Eid die Beziehungen zu Weyrauch in Abrede gestellt hatte, wurde vor zwei Tagen vor demselben Schwurgericht wegen Meineides zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt.

Fransösisches Militärflugzeug über der Mosel?

Wp Trier, 12. Okt. Gestern nachmittag, kurz nach 6 Uhr, überflog ein französisches Militärflugzeug, aus Richtung Diebelsheim kommend, den deutschen Grenzort Perl an der Mosel. Nach mehrmaligem Kreisen über Oberperl nahm das Flugzeug seinen Weg weiter über die Mosel, um über luxemburgisches Gebiet nach Frankreich zurückzufahren. Es ist mit Sicherheit festgestellt worden, daß es sich um ein französisches Militärflugzeug handelt. Der Vorfall wurde den deutschen Behörden gemeldet.

Wie die amtliche Grenzüberwachungsstelle hierzu mitteilt, ist dort von einer Ueberfliegung Perls durch einen französischen Militärdoppeldecker nichts bekannt. Allerdings sei es leicht möglich, daß junge französische Flieger die Grenze bei Perl überfliegen.

Reichstagsabgeordneter zog die Notbremse

Wp Bad Kreuznach, 11. Okt. Ein bekanntes Mitglied des Reichstags und Vorkämpfer des Nationalismus wollte von Langenlonsheim aus zu einer Parteiverammlung nach dem Hunsrück fahren. Aus Versehen stieg der Parlamentarier in einen falschen, nachbehafteten Zug. Erst als dieser bereits eine große Strecke zurückgelegt hatte, bemerkte der Politiker seinen Fehler und zog die Notbremse. Er sprang aus dem Zug und floh über die Felder, ohne dem Zugpersonal Rechenschaft über sein Vorgehen abzulegen. Er rief den Beamten auf ihre lauten Vorhaltungen hin zu: „Meine Bauern sind mir wichtiger! Tatsächlich erreichte der Abgeordnete noch keinen richtigen Zug. Allerdings wird das Verhalten des impulsiven Herrn noch unangenehme und kostspielige Folgen haben.“

Eisenbahnräuber vor Gericht.

Wp Mainz, 12. Okt. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatten sich am Montag der 30 Jahre alte Hausdiener Däcke aus Berlin, der 31 Jahre alte Schneidergeselle P. Wolff aus Alsenberg bei Hof in Bayern und der 23 Jahre alte Arbeiter Theodor Knäuf aus Köln-Ehrenfeld wegen Diebstahls und Totschlagsversuchs zu verantworten. Das Gericht verurteilte den Haupttäter, der wegen seines Verhaltens vor Gericht abgeführt werden mußte, in Abwesenheit zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Knäuf erhielt 1 Jahr, Däcke 6 Monate Gefängnis. Gegen Wolff wurde der Staatsanwalt 7 Jahre Zuchthaus beantragt.

Die zum Teil erheblich vorbestrauten Angeklagten hatten am 16., 17. und 21. April d. J. in der Nacht aus Güterwagen in Hochheim a. M. und in Mainz Waren, Lebensmittel und Getränke gestohlen. Bei einem Raubversuch am 23. April im hiesigen Güterbahnhof wurden zwei der Täter, die sich als Bahnpolizisten in Zivil ausgaben, von Bahnbeamten gestellt. Als man ihre Verhaftung veranlassen wollte, gab Wolff auf einen Rangiermeister sechs Schüsse ab, die den Beamten schwer verletzten. Darauf ergriffen die Täter die Flucht. Noch in derselben Nacht gelang es, auf dem Gelände des Güterbahnhofs Däcke festzunehmen, der seine Mitäter verriet, jedoch lie in Mannheim bzw. Mosbach i. B. festgenommen werden konnten. Infolge des mittelständigen Raubversuchs vermochten die Angeklagten ihren Plan, in der Nacht zum 25. April die Stationskasse in Hochheim zu bestehlen, nicht zur Ausführung zu bringen.

Aus dem Fenster geküsst und ertrunken

Wp Gerz (Saar), 10. Okt. Hier stürzte in der Nacht zum Sonntag ein 40jähriger Müller während eines Unwohlseins aus dem Fenster. Obwohl die durch den Sturz erlittenen Verletzungen nicht schwerer Natur waren, fand man ihn doch am anderen Morgen tot auf. Es war ertrunken.

Eine furchtbare Familientragödie.

Wp Gerz, 10. Okt. Der 37 Jahre alte Bürgermeister von Scharltanne, Hofmann, erlitt seine 35jährige Frau, seinen Sohn und seine kleine Tochter im Bett mit einem Beil. Hofmann ging dann in den nahen Wald und erhängte sich.

Sumor.

Christl.

So; Sie möchten also mein Schwiegerlobn werden?
„Nein, anständige Frau; aber ich möchte Ihre Tochter heiraten.“

Reichlich Gelegenheit. Art (zum Patienten): „Sie brauchen viel frische Luft. Haben Sie Gelegenheit, in die Luft zu gehen?“
„Ja!“
Was sind Sie denn?
„Arbeiter in einer Dynamitfabrik.“

Sandel und Wirtschaft.

Köln-Schlachtviehmarkt.

Köln, 3. Okt. Auftrieb 1516 (gest. 1241) Stüd Großvieh, und zwar 544 (211) Ochsen, 316 (255) Bullen, 549 (639) Kühe, 92 (108) Färsen, 15 (40) Kälber, 761 (1530) Schafe, 18 (21) Ziegen, 4536 (6264) Schweine

	11. 10.	3. 10.
Ochsen	RM	RM.
vollfleischige, ausgemästete		
1. jüngere	28-32	28-32
2. ältere	—	—
sonstige vollfleischige		
1. jüngere	24-27	24-27
2. ältere	—	—
fleischige	20-23	20-23
gering genährte	—	—
Bullen		
jüngere vollfleischige	22-24	21-24
sonstige vollfleischige	18-21	17-20
fleischige	—	—
gering genährte	—	—
Kühe		
jüngere vollfleischige	27-30	28-31
sonstige vollfleischige	23-26	23-26
fleischige	18-22	18-22
gering genährte	14-16	14-16
Färsen		
vollfleischige, ausgemästete	28-32	28-32
vollfleischige	24-27	24-27
fleischige	—	20-23
Kälber		
mäßig genährtes Jungvieh	17-25	17-23
Doppelender		
beste Mast- und Saugfärsen	68-70	68-70
mittlere Mast- und Saugfärsen	60-65	60-64
geringere	42-48	42-48
35-40	32-40	—

Schafe	
Mastlamm u. jung. Mastlamm	27-30
1. Weidemast	—
2. Stallmast	—
mittlere Mastlamm, alt. Mastl., gut genährte Schafe Sauglamm.	20-26
fleischiges Schafvieh	—
gering genährtes Schafvieh	—

Schweine	
a) über 300 Pf. Lebendgewicht	45-47 45-47
b) 240-300 "	44-47 43-47
c) 200-240 "	43-47 42-47
d) 160-200 "	40-45 40-45
e) 120-160 "	— 38-40
f) unter 120 "	—
Gauen	34-40 34-39

Markterlauf: Großvieh erste Tiere auch noch höher bezahlt, rubig. Kühe rubig, geräumt. Schweine, fette Schweine auch noch höher bezahlt, im übrigen rubig, geräumt.

Vom Kölner Hauptmarkt.

Köln, 11. Nov. Es kosteten im Großhandel: Kartoffeln blaue Nieren 5-6, gelbe 3,20 bis 4, Obenwälder blaue 2,40-2,50, rote Nieren 5, Industrie selb 2,40-2,70 der Zentner. Stangenbohnen 20-28, Strauchbohnen 18-23, Wachsbohnen 18-26, Salatbohnen 14-24, Erbsen 25, Feldsalat 12-20, Grünkohl 4-5, Rosenkohl 16-20, Weißkohl 1-1,5, Rotkohl 1,8 bis 2, Wirsingkohl 2-2,5, Spinat 6-8, Stedrüben 3, weiße Rüben 3-4, Karotten 3-4, Zwiebels 6, Einmachzwiebeln 15-18, Möhren 3-4, Tomaten 7-12, Sauerampfer 20, Kürbisse 4-5, Pfefferkörner 45, Gemmelkörner 20, Champignons 25, Steinpilze 25-30 Pf. das Pfund, Gurken 8-30, Rettich 3-4, Sellerieknollen bis 20, Kohlrabi 2-4, Blumenkohl 8 bis 30, Kopfsalat 3-8, Endivien 4-7 Pf. das Stück, Mangold 1,5-2,5, Rübchen 2,5-3, Breitlauch 1-3, Möhren 3-6, Petersilie 3

bis 4, Radishes 2-3, Schwarzwurzel 15-16 Pf. das Gebund, Einmachgurken 25-50 Pf. die 100 Stüd, Kochäpfel 5-15, Äpfel 15-25, Korbirnen 5-12, Eßbirnen 15-26, Zwetschen 18-24, Himbeeren 45, Pfirsiche 18-25, Baumnüsse 30-80 Pf. das Pfund, Mollereibutter 1,20-1,30, Landbutter 1,10-1,15 Mark das Pfund, Eier 7-11 Pf. das Stüd.

Bonner Marktbericht vom 11. Oktober.

Gesagt wurden im Großhandel (in Pfennig für 1 Pfd. und für rhein. Ware, wenn nichts anderes vermerkt): Kartoffeln, Oberländer 3tr. 3,70, Nieren blaue 6, Oberl. Industrie 2,60 bis 2,80, hiesige Mölle 2,70-2,80, Mairwirsing 3-4, Blumenkohl 10-40, Rosenkohl 15-16, Knoblauch 60-80, Speckbohnen 18-23, Rauhbohnen 15-18, Strauchbohnen 15, Wachsbohnen 13-15, Erdbeerkohl 3-4, Möhren Geb. 4-5, Karotten 4-5, Rettich weiß Stüd 3-6, Meerrettich Stüd 20-30, weiße Rüben 2-3, Gurken Stüd 30, Einmachgurken 100 Stüd 40, Spinat 4-5, Sellerie Stüd 8-12, Breitlauch Stüd 3-6, Kopfsalat Stüd 3-4, Endivien Stüd 3-4, Zwiebels 5-6, Einmachzwiebeln 8-10, Eier Stüd 9,5-10,5, Mollereibutter 120-140.

Bonner Schlachtviehmarkt.

Bonn, 11. Okt. Es waren aufgetrieben und wurden verkauft: 1 Ochse (nicht notiert), 45 Kühe und Rinder 36-53, 26 Bullen 37-54, 164 Kälber 45-85, 120 Schweine 55-60 Mark. Geschäftsgang langsam.

Köln Getreide-, Futtermittel- und Waren-Märkte.

	11. 10.	7. 10.
Weizen, rh. neu 74-74 1/2/kg	20,75	20,90
ausländischer	24,25-24,75	24,50-25,00
Roggen rh. neu 70-71 kg	16,25	16,50
nordb. 73-74 kg	—	—
ausländischer	18,50-19,00	18,75-19,25
Hafer, hiesiger	14,25-14,50	14,25-14,50
neuer	16,50-17,50	16,50-17,50
ausländischer	—	—
Futtergerste, ausl.	—	—
Wintergerste, inl.	17,25-17,50	17,25-17,50
Sommergerste inl.	18,00-18,75	18,00-18,75
Maiz, grober	16,75	16,75
kleiner	17,50	17,50
Weizenmehl inl.	29,75	30,00
rh. Weizenbäckermehl	—	—
mit Auslandsweizen	30,75	31,00
Roggenmehl 70% inl.	23,25-23,75	23,25-23,75
mit Auslandsroggen	24,75	25,75
Roggenmehl, rot, inl.	20,25	20,50
Roggenmehl, rot, von Aus-	—	—
landsroggen	20,50	20,75
Weizenkleie grobe 1)	8,00-9,75	8,25-10,00
Roggenkleie 1)	7,25-7,75	7,25-7,75
Vierteiler 1)	10,75-11,50	10,75-11,50
Reinfuchsmehl, 38% 1)	11,50-11,75	11,50-11,75
Erdnussöl, 50% 1)	11,75-12,00	11,75-12,00
54% 1)	12,75-13,00	12,75-13,00
Eopaßöl (extrahiert)	—	—
48% 1)	11,00-11,25	11,00-11,25
Kapseln 38%	8,75	8,75
Palmkernöl, 21%	9,00-9,50	9,00-9,50
Erbsen, inl.	—	—
Rüben, inl.	9,50-10,00	9,50-10,00
Roh-Melasse	8,25-9,50	8,25-9,50
Wiesenhheu, inl.	4,50-5,20	4,50-5,20
gepr.	—	—
Kleeheu, inl.	5,60-6,00	5,60-6,00
gepr.	—	—
ausl.	—	—
Roggenstroh, gepr.	1,30-1,50	1,30-1,50
Weizenstroh, gepr.	1,30-1,40	1,30-1,40
Haferstroh, gepr.	1,20-1,30	1,20-1,30
Brutto mit End	—	—

Das Stärken und Plätten von Herrenwäsche.

Nichtig gekürzte Wäsche soll sich ohne Schwierigkeiten glattplätten lassen, sie darf keine Starkeflecken zeigen, keine Blasen bekommen und muß zwar steif, aber doch elastisch sein. Die richtige Mischung der Stärke ist von größerem Einfluß auf das mehr oder minder gute Aussehen der Wäsche. Eine erprobte Rohstärkemischung ist folgende: Man wiegt 150 Gramm gute Stärke ab und tue sie in eine große Schüssel. Durch allmähliches Zugießen eines halben Liter kalten Wassers rührt man diese Stärke zunächst zu einem dicken Brei und dann dünner. Darauf wird ¼ Liter Wasser zum Kochen gebracht, mit zwei Teelöffel Borax und einigen Körnern Salz aufgelöst, mit ¼ Liter kalten Wassers vermischt und damit die Stärke fertiggerührt. Man kann mit diesem Quantum etwa 40 Stück Kragen oder Manschetten steifen. Die trockenen Wäschestücke werden einzeln mit der Stärkemischung getränkt, gerieben und ausgedrückt, noch einmal nachgerieben und in ein weißes Tuch gewickelt. Das Steifen mit reiner Stärke ohne jeglichen Zusatz ist falsch, da die Wäsche dann sehr leicht brüchig wird und es unmöglich ist, ihr Glanz und Geschmeidigkeit zu geben. Außer dem Borax kann man der Stärke auch noch zwei Teelöffel Glycerin beifügen oder Plättbalsam verwenden, aber diese Hilfsmittel sind nicht unbedingt erforderlich, sie erleichtern nur das Plätten. Das eingestärkte Zeug muß zwei Stunden durchziehen, bevor man mit dem Plätten beginnt.

Die Manschetten werden mit der linken Seite nach oben auf das Plättbrett gelegt, zurechtgezogen, damit sie möglichst faltenlos daliegen; dann wird langsam mit dem heißen Eisen darüber hingefahren, wobei man mit der linken Hand die Manschette noch etwas auszieht, damit sich keine Falten bilden. Die Manschetten werden links halbtrocken geplättet und dann auf die rechte Seite gedreht, die faltenlos vor uns liegen muß. Die rechte Seite wird erst langsam und dann unter Ausübung eines starken Druckes ganz trocken geplättet.

Die Kragen werden auf dieselbe Weise geplättet. Ist das Bügeln aller Kragen und Manschetten erledigt, glänzt man sie.

Man legt einen Kragen auf das vorhandene Plättbrett, bestreicht ihn mit einem mit klarem Wasser angefeuchteten nicht zu nassem Lappchen sorgfältig auf seiner rechten Seite. Dann fährt man mit der abgerundeten Seite des recht heißen Plättesens unter starkem Druck und schaukelnder Handbewegung so lange über diese rechte Seite des Kragens hin, bis er einen gleichmäßigen Glanz hat. Ehe man Ecken oder die Stehmuldegekrümmung umbiegt, müssen die Biegestellen wieder leicht angefeuchtet werden. Nun rundet man die Kragen ober- und rückseitig, solange sie noch warm sind. Man legt das Wäschestück mit der rechten Seite auf das Plättbrett, so daß also die linke Seite oben ist; das Eisen wird in die rechte Hand genommen und am linken Ende des Kragens angelegt, der mit der linken Hand langsam unter dem Plättisen hervorgezogen wird, wobei man den freiverdenden Teil rund um das Eisen biegt.

Das gute Plätten der Oberhemden erfordert sehr viel Sorgfalt. Schon beim Stärken muß man beobachten, daß der Einsatz mit der rechten Seite in die Stärke getaucht wird. Außer diesem Einsatz werden nun die Halsbündchen und die Manschetten gestärkt. Man muß sich beim Stärken vorsetzen, daß der Rumpf so wenig wie möglich Stärke abbekommt. Etwa doch eingebrachte Stärke reibt man vor dem Plätten mit einem feuchten Lappchen heraus.

Bei jedem Oberhemd wird das Schulterstück zuerst geplättet, wobei man darauf achten muß, daß weder Einsatz, Manschetten noch Halsbündchen mit dem Plättisen berührt werden. Beim Plätten etwa entstandene Fältchen und Fehler lassen sich mit einem Falzbein (nicht aus Metall) leicht beseitigen, solange die Wäsche noch warm ist. Doch kommen die neuen Formen der Platte ja allen Erfordernissen so entgegen, daß das kaum nötig werden dürfte.

Nach dem Schulterstück folgen die Ärmel, der Rumpf und der Rücken, dann das Halsbündchen und die Manschetten, bei denen man die vorgenannten Regeln befolgt. Der Einsatz wird zuletzt geplättet. Das Glänzen wird wie bei den Kragen gehandhabt und dann das Hemd sorgfältig aufammengelegt.

Sport

Krausport. Am Samstag, dem 15. Okt., abends 8 Uhr, findet im Lokal Neffgen der erste Meisterschaftsturnier statt. Kraftsportverein Tünnich gegen Brühler Kraftsportverein. — Am gleichen Abend Rückkampf Remondich 2. Mannschaft gegen Kraftsportverein Brühl 2. Mannschaft.

Bücherchau

Es fällt nicht leicht, den Inhalt der Oktobernummer von Westermanns Monatsheften in wenigen Zeilen zu skizzieren, so vielseitig ist dieses Heft wieder ausgefallen. In einem Artikel „Der aus der Mechanisierung“ wendet sich Eugen Diezel, der Sohn des Dieselmotor-Erfinders dagegen, daß durch Mechanisierung die Lebensströme Mensch und Arbeit nicht mehr finden, daß die Mechanisierung keine Lebensform bedeuten kann und mitschuldig ist an den Krisen der Gegenwart. Die Wende, die Abkehr hat aber schon begonnen, sie ruht nach lebendiger Ganzheit des Daseins, dem auch die Technik untertan sein muß. Dann folgt ein Aufsatz von Richard Braungart über Georg Schimpf, in dem die Neue Sachlichkeit ihren lautersten, gesündesten und verantwortungsvollsten Vertreter gefunden hat. Gräfin Nora von Beroldingen berichtet über ihre Erlebnisse in Moskau. Karl A. Betrachtl plaudert über „Fremdes Volk im Wasserglas“. Die Ursachen der Grubenkatastrophen erörtert Nikolaus Rehbinder. Dann folgen Aufsätze von Prof. Dr. Karstadt „Eine Linie durch die deutschen Landerziehungsheime“ und von Landschaftsarchitekt Pepsinski „Heimatverbundenes Wohnen“. Weiter erscheint in dem Heft der Roman von Max Halbe „Die Glaziere des Glücks“ und eine Novelle von Fritz Müller-Partenkirchen „Die Bräute“, sowie eine Erzählung „Die Frau in der Jakobinerstraße“ von Hans-Eberhard von Besser. Die Kunstbeilagen von Ambrosi, Franz Hedel, Oscar Graß, Franz Eichhorst, Hans Dieter u. a. sind in ihren Wiedergaben vorzüglich. Unsere Leser erhalten durch ein Abkommen mit dem Verlag Georg Westermann in Braunschweig ein Probeheft dieser schönen Zeitschrift gegen Einzahlung der Portogebühr von 30 Pf. Wir bitten, sich an den Verlag zu wenden.

Erprobte Rezepte

Sauerkrautrollen. (Für 4 Personen, 2 Stunden). Zutaten: 250 g Weizenmehl, 1 Ei, 50 g Butter, 1 Teelöffel Salz, Wasser, 100 g Scheiben von durchwachsenem Räucherbrot, 500 g Sauerkraut, 100 g Schweinefett, 1 Zwiebel, ½ Teelöffel Kümmel, 2 Maggi's Fleischbrühwürfel.

Zubereitung: Von dem Mehl, Ei, Butter, Salz und wenig Wasser wird ein glatter Nudelteig hergestellt, den man 1 Stunde ruhen läßt. Dann wird er dünn ausgerollt, mit den Räucherbrotstücken belegt und mit dem Sauerkraut, das man vorher in Schweinefett mit der geriebenen Zwiebel und Kümmel 1 Stunde gedämpft hat, bedeckt. Der Teig wird dann aufgerollt, in fingerlange Rollen geschnitten, die man nebeneinander in eine feuerfeste Form legt. Man begießt sie mit ½ Liter Fleischbrühe aus 2 Maggi's Fleischbrühwürfeln und läßt das Gericht 1 Stunde im Ofen baden.

Menschenrettung mit dem Lasso.

Daß ein Seemann die Kunst des Lassoierens versteht, ist sicher keine Alltäglichkeit, und er wird selten Gelegenheit haben, sie praktisch zu verwerten. Daß der unwahrscheinliche Fall aber doch einmal eintreten kann, beweisen die Ereignisse, die mit dem kürzlich erfolgten Untergang des englischen Fischdampfers Mary Evelyn in Zusammenhang stehen. Das Schiff stieß im dichten Nebel des Bristol Kanals mit einem größeren Dampfer zusammen und erlitt derartig schwere Beschädigungen, daß es innerhalb zwei Minuten sank. Es war vollkommen unmöglich, ein Rettungsboot zu Wasser zu lassen, und der Kapitän des Fischdampfers sah von der Kommandobrücke aus dem aufsteigenden unentrinnbaren Tod ins Auge. Da flog plötzlich vom Deck des anderen Dampfers eine Lasso-Schlinge herüber, fiel über den Kopf des verurteilten Kapitäns, presste ihm die Arme an den Leib und riß ihn ins Meer. Der Kapitän fiel zwar ins Wasser, aber gleich darauf wurde er mit dem Lasso an Bord des Dampfers gezogen. Er sah gerade noch, wie sein Schiff in den gurgelnden Wellen versank. Sein Lebensretter war der zweite Offizier des anderen Dampfers gewesen, der im letzten Augenblick auf den Einfall geraten war, seine an sich brotlose Kunst im Lassoieren zur Lebensrettung des Kameraden zu verwenden.

Nervös? - Dann Kaffee Hag

Vom 11. Oktober ab veranstalte ich im Rahmen der „Vobach - Mal - Kurse“ in meiner Wohnung

HERMANNSTRASSE 14
eine Ausstellung schöner hand- u. kunstgewerblicher Arbeiten, Stoff-, Oel- und Aquarellmalereien, zum Teil Arbeiten von Schülerinnen. Die Bewohner Brühl's und Umgegend ladet zu freundslichem Besuch ergebenst ein:

Wwe. FRIEDA SIEBEL
Besichtigung täglich von 14 Uhr ab

Prima frische See-Fische
staunend billig, soeben eingetroffen!

Kabailau per Pfd. 28 Pfg.
Schellfisch „ „ 32 „
Filet, weiß Fleisch „ „ 40 „

ferner 1a Salzheringe, ca 40%, Milchener 22 Stck. 1., sowie Obst, Gemüse, Kartoffeln, auch zum Einkellern, nur feinste Qualität, täglich frisch, zu staunend billigen Preisen.

Frau Gustav Karl,
Brühl, Wallstraße 5

Küchenherd, Gasherd, Miele Wringmaschine zu verkaufen.
Zu erfr. i. d. Gesch. 43.

Saatkartoffeln
eingetroffen.
Holländ. Erstlinge a und b (Kleiboden)
Erstlinge Odenwälder Original Holtnieren, Holländische Nieren, Oberländer Speise.

Theo Vering,
Badorf, Fernruf 2794.

Rheinische Markenmilch

geprüft und zugelassen durch das bakteriologische Institut der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz in Bonn. Die Käse unterziehen dem tuberkulösen Zügelungsverfahren und der ständigen tierärztlichen Untersuchung. Empfehlung der vorzüglichsten Kindermilch der verehrlichen Bürgerchaft von Brühl Stadt und Land.

Gutsmolkerel Rodderhof

Für die Anfertigung von **Fackeln u. Lampions**

empfehle schwarzes Tonpapier, sowie Seiden-, transparent- und Krepppapier in vielen hübschen Farben. Schneldefedern u. Klebstoff Modelle für Fackeln in vielen Mustern.

Hubert Bommes
Schreibwaren-Handlung Ecke Uhl- u. Wallstr.

Kautabak
2 Stück 25 Pfg.

Santen, Brühl
Uhlstraße 116.

Zum Einkellern
Liefere prima

Oberländer-Industrie

zum billigsten Tagespreis frei Keller.
Max Olsowski,
Kartoffelhandlung Brühl, Burgstraße 5, Fernruf 2646.

Mädchen
für alle Hausarbeiten in Metzgerei gesucht.
Uhlstr. 109.

Mädchen
für alle Hausarbeit in Geschäftshaus gesucht
Ang. u. W. 2089 a. d. Gesch.

Holländische Erstlinge
von Kleiboden, das Beste vom Besten empfohlen.
Kribben, Samenhandlung, Kierberg.

Jeden Donnerstag **Frische Seefische**

Direkter Seebezug (billigst)
Empfehle gleiches prima holl. Vollheringe und sämtl. Fischmarinaden
Jos. König,
Pingsdorf, Gustavstr. 87.

Kartoffeln
zum Einkellern zu verkaufen.

Frau Wwe. Wind
37 Mühlenstraße 37

Holzwarenpolitur
u. a. Aufpolieren von Möbeln
nur: **Möbel-Zirkus, Brühl.**

Marengo Paletot
wie neu preisw. zu verk. Große Figur. Zu erfragen an die Geschäftsstelle

Stiefelputzer
extra starke Pflanzen

Theodor Henn
Rheinstr. 59 u. Kölnstr. 25

Kartoffeln
Oberländer Industrie

Alt bekannte gute Ware
Chr. Meyer, Brühl,
Wallstraße 82
Fernruf 2431.

Garten
3-400 qm, möglichst mit etwas Obst, zu pachten gesucht.
Ang. unter N 7000 an die Geschäftsstelle.

Einkellerungs-Kartoffeln Industrie

hat abzugeben **S. Zavelberg,** Steinweg 13-19

Abgeschl. herrschaftl. **Barriere Wohnung** preisw. zu verm. Besch. Ringsdorfstr. 115.

Abgeschlossene **I. Etage** Küche, 2 oder 3 Zimmer zu vermieten.
Bonnstraße 25.

Abgeschlossene **II. Etage** 3 Zimmer, Küche mit Spind Badezimmer, Balkon. Mietpreis 60 Mk. Anfr. an die Gesch. 42.

Barriere-Wohnung 3 Zimmer und Spind zu vermieten.
Römerstraße 415.

Herrschaftl. Wohnung 8 Räume, zu vermieten. Kleben, Kaiserstr. 4.

Barriere-Wohnung in sehr gutem Zustande, 4 große Räume, Badezimmer usw. an ruh. befr. Leute zu vermieten. Besch. durch die Gesch. 20.

Römerstr. 304 Barriere, 2 Zimmer, Küche, Glasveranda, Nebenräume und Garten sofort frei. Zu besichtigen am 14. 15. 10. nachm. von 4-6 Uhr.

2 Zimmer-Wohnung zu vermieten. Schwabstr. 400.

Kaiserstr. 7 Abgeschlossene sonnige Wohnung 5-7 Räume, Bad, Zentralheizung, evtl. Garage zu vermieten. Besch. Kaiserstr. 1. Fernruf 2502.

1 Ladenlokal mit Büro- oder Lagerraum etc. in der Stadt gelegen billig zu vermieten. — Dasselbe eine erstklassige Wohnung

3 Zimmer, Küche, Mansarde, Balkon zu vermieten Näheres in der Gesch. 41.

Geräumige **Wohnung** 2 Zimmer, Küche per 1. November zu vermieten. Besch. Ang. unt. N 33005 a. d. Geschäftsstelle.

1 moderne **Etage-Wohnung** 5 Zimmer, Badezimmer und Küche evtl. Mansardenzimmer zu vermieten.

Steinweg 13-19.

Pingsdorf, Euskirchnerstr. 87. Schöne

3 Zimmerwohnung und große Maniarde an ruhige kinderlose Leute billig zu vermieten.

2 schöne Zimmer per 1. November zu vermieten. Kölnstraße 176

2 Zimmer und Maniarde a. 1. Nov. an ruh. Leute zu verm. Uhlstraße 72.

Junges Ehepaar sucht **2 kleine Zimmer** ob. auch Mansardenzimmer. Ang. unter N 33008 an die Geschäftsstelle.

Wohnung 4 Zimmer von 2 Familien, am liebsten in Kierberg, Bodem oder Brühl zu mieten gesucht. Wer sagt die Gesch. 44.

Chm. Paletot Anzug und **Chm. Anzug** billig zu verkaufen bei Muck, Comestrasse 7-9

Tögal
unübertroffen bei Rheuma - Gicht Kopfschmerzen Ischias, Hexenschuss, Erkältungskrankheiten. Stark harnsäurelösend, bakterientöndend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt!

Meiner werten Kundschaft zur geistl. Kenntnis, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes wie bisher in unveränderter Weise weiterführe.

Achtungsvoll!
Frau Wwe. Peter Becker

Lederhandlung.

Infusionsmittel bringt Gewinn

Vertreter
für erstklassige Versicherungen in der Rheinprovinz. Sach- u. Krankenversicherung gesucht. Ang. u. W. 2040 a. d. Gesch.

Nur 50 Pfg. bezahlen Sie für die tägliche Benutzung meiner **Walzhornpressoren** bei höherem Kauf wird Selbstgebuhr rückvergütet. Lieferung frei Haus. **Reinhold Fröde,** Mechaniker, Seibstr. 83.

PIANOS
schwarz poliert, 1a elfenbein Klaviatur von **250.- Mk.** an. **Pianohandlung Müller, Köln** Marslaßstein 7, T 21903

Magenleidend?
Bei Magenleiden (einer Art wie Magenkrampf) Magen-schmerzen und deren Folgen (Vollstuhlgang, Appetitlosigkeit, nervöser Magen, Erbrechen, Entkräftung, Gemüts-leiden) wirkt d. über 60 Jahre bewährte **Hubert Ullrich'sche Kräuterwein** infolge der eigenartigen glücklichen Zusammensetzung aus die Magenleiden und den Gemütsstörungen. Zu haben in allen Apotheken bestimmt in der Alten Kurfürsten Apotheke am Markt.

